

Wirtschaftspolitik

HENRY KRÄGENAU

Im Jahresergebnis nimmt sich die wirtschaftliche Bilanz der Europäischen Gemeinschaft für 1990 keineswegs ungünstig aus: Wachstum, Beschäftigung und Preisniveaustabilität entwickeln sich zumindest akzeptabel. Allerdings verbirgt sich dahinter ein deutlich differenzierter Prozeß in den einzelnen Ländern.

Am 1. Juli 1990 ist die erste Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) in der EG wirksam geworden, die die weitgehende Liberalisierung des Kapitalverkehrs mit sich brachte. Das Jahr 1990 war auch geprägt durch außergewöhnliche Ereignisse: den politischen Umbruch in Mittel- und Osteuropa und die Golf-Krise. Diese schlugen sich z.T. relativ rasch in der wirtschaftlichen Entwicklung nieder, werden aber auch langfristig von Gewicht für Wirtschaftsablauf und -politik der Gemeinschaft sein. Am 3. Oktober wurde die deutsche Vereinigung vollzogen und die ehemalige DDR ist seitdem Teil der Europäischen Gemeinschaft. Der europäische Binnenmarkt, dessen wichtigste Elemente bis Ende 1992 verwirklicht sein sollen, wird dadurch erheblich vergrößert. Durch die Einbeziehung von mehr als 16 Mio. ehemaligen DDR-Einwohnern umfaßt er über 340 Mio. Wirtschaftsbürger.

Gedämpftes Wachstum in der EG

Das Jahr 1990 war gekennzeichnet durch ein zunehmendes Erlahmen der konjunkturellen Auftriebskräfte in den Industrieländern. Nach 3,3% im Vorjahr nahm deren zusammengefaßte Wirtschaftsleistung nur noch um 2,6% zu. Die Anstiegsrate des realen Welthandels verringerte sich im selben Zeitraum infolge nachlassender konjunktureller Impulse, aber auch durch die Drosselung der Einfuhr in den osteuropäischen Ländern und durch den internationalen Boykott für Lieferungen nach Irak und Kuwait von 7% auf 5%¹.

Die Wachstumsdifferenzierung zwischen den drei Industriezentren setzte sich nach dem Muster des Vorjahres fort: Wachstumschampion ist weiterhin Japan, das sein Expansionstempo mit einem Zuwachs des realen Bruttosozialprodukts (BSP) von 5,6% noch steigern konnte. Wachstumsschlußlicht blieben – bei einer von 2,5% auf 1% stark rückläufigen Anstiegsrate – die Vereinigten Staaten, die seit dem letzten Quartal 1990 in einer leichten Rezession sind. Das reale BSP der Gemeinschaft nahm – bei rückläufiger Expansionsrate – um 2,9% zu (vgl. Tab. 1). Dieser Wert entspricht in etwa der Vorausschätzung im EG-Jahreswirtschaftsbericht 1989/90². Hinter der Entwicklung der globalen EG-Wachstumsrate verbergen sich allerdings erhebliche Unterschiede in der Zunahme der Wirtschafts-

Tabelle 1: Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren der EG-Länder (Jahresdurchschnitte bzw. Jahresangaben)

Land		Verbraucherpreise gegen Vorjahr in %	Landfristige Realzinsen in % p.a. ³	Saldo der Leistungsbilanz		Reales Wachstum gegen Vorjahr in %		Arbeitslose in % der zivilen Erwerbsbevölkerung (nationale Definitionen)	Finanzierungssaldo des Gesamtstaates in % des BSP/BIP ⁶
				Mrd. US-\$	in % des BSP/BIP	BSP/BIP	Inlandsnachfrage		
Bundesrepublik Deutschland	1988	1,3	5,2	50	4,2	3,7	3,7	7,9	-2,1
	1989	2,8	4,1	55	4,6	3,9	2,7	7,0	0,2
	1990	2,7	6,0	44 ⁴	2,8 ⁴	4,5	4,9	6,4	-3,1
Frankreich	1988	2,8	6,4	-4	-0,4	3,9	4,0	10,0	-1,3
	1989	3,5	5,5	-4	-0,4	3,6	3,1	9,7	-1,5
	1990	3,4	6,8	-6	-0,5	2,7	3,1	9,2	-1,2
Italien	1988	5,0	5,5	-6	-0,7	4,2	4,7	12,2	-10,6
	1989	6,4	5,0	-11	-1,2	3,2	3,3	12,0	-10,2
	1990	6,5	5,2	-16	-1,4	2,2	2,5	11,4	-10,0
Großbritannien	1988	4,9	4,3	-27	-3,2	4,3	7,7	8,2	0,8
	1989	7,8	1,7	-32	-3,8	2,0	2,9	6,5	0,9
	1990	9,5	1,5	-28	-2,9	0,9	0,6	5,8	0,1
Spanien	1988	4,8	6,9	-4	-1,1	5,0	7,0	19,5	-3,1
	1989	6,8	6,6	-11	-2,9	4,9	7,6	17,1	-2,6
	1990	6,7	7,5	-17	-3,4	3,5	4,9	16,1	-3,2
Niederlande	1988	0,7	5,3	5	2,4	2,9	2,2	8,3	-5,0
	1989	1,1	6,1	8	3,6	4,2	4,7	7,6	-5,2
	1990	2,5	6,4	9	3,4	3,4	3,5	6,7	-5,5
Belgien	1988	1,2	6,7	4 ²	2,3 ²	4,3	4,3	10,0	-6,8
	1989	3,1	5,4	4 ²	2,2 ²	4,5	5,0	9,6	-6,3
	1990	3,4	6,4	3 ²	1,7 ²	3,7	4,7	8,9	-5,9
Dänemark	1988	4,5	5,7	-2	-1,6	-0,4	-2,2	8,6	0,2
	1989	4,8	5,2	-1	-1,3	1,4	0,3	9,3	-0,6
	1990	2,7	8,1	1	0,4	1,0	-0,6	9,6	-1,3
Irland	1988	2,1	7,1	1	2,3	1,2	0,2	16,7	-2,7
	1989	4,1	4,7	1	1,8	4,4	4,8	15,2	-3,0
	1990	3,3	6,6	1	1,4	4,4	6,7	15,0	-1,7
Luxemburg	1988	1,6	5,4	—	—	5,2	3,8	1,5	2,5
	1989	3,3	4,2	—	—	4,2	3,5	1,3	3,4
	1990	3,4	4,6	—	—	2,6	4,7	1,2	3,3
EWS-Länder ⁵	1988	2,7	5,4	17	0,5	3,9	4,7	9,8	-2,2
	1989	4,7	4,5	9	0,3	3,5	3,4	9,3	-2,6
	1990	5,0	5,4	-9	-0,1	2,9	3,2	8,8	-3,8
Griechenland	1988	13,5	3,2	-1	-1,8	4,1	4,9	7,7	-14,5
	1989	13,7	4,7	-3	-4,7	2,8	4,9	7,8	-18,2
	1990	20,3	2,2	-4	-5,5	1,2	2,6	8,1	-18,0

Fortsetzung								
Portugal	1988	9,7	4,1	-1	-2,6	4,2	8,4	5,8
	1989	12,6	2,0	-1	-1,2	5,4	4,3	5,2
	1990	13,3	1,8	-1	-2,0	3,9	5,4	4,5
EG-Länder	1988	2,8	5,4	15	0,4	3,9	4,7	9,7
	1989	4,9	4,5	5	0,2	3,5	3,4	9,2
	1990	5,3	5,3	-14	-0,2	2,9	3,2	8,7
1 Nach altem Gebietsstand. 2 Einschließlich Luxemburg. 3 Umlaufrenditen langfristiger Anleihen, deflationiert mit den Veränderungsraten der Verbraucherpreise. 4 Ab Juli 1990 sind auch die Transaktionen des Gebiets der ehemaligen DDR eingeschlossen. 5 Am Wechselkursmechanismus des EWS teilnehmende Länder. 6 In der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. Quellen: OECD, IWF, EG-Kommission und nationale Statistiken.								

leistung bei den einzelnen Gemeinschaftsländern. Am stärksten expandierte die Wirtschaft Westdeutschlands mit einer Zuwachsrates des BSP von 4,5%. Dazu hat nicht zuletzt die sprunghaft angestiegene Nachfrage aus Ostdeutschland nach westdeutschen Gütern beigetragen³. Das reale BIP ist nach den bisher vorliegenden Ergebnissen in Ostdeutschland um 13% gesunken (vgl. Tab. 2). Überdurchschnittliche Zuwächse des BSP – bei allerdings abgeflachtem Anstieg – erzielten die Länder der iberischen Halbinsel, Belgien, die Niederlande und Irland mit 3,4–4,4% (vgl. Tab. 1). Am ungünstigsten war die Entwicklung in Großbritannien mit knapp 1% Wachstum.

Der Anstieg der Inlandsnachfrage war 1990 etwas geringer als im Vorjahr. Entscheidend für die konjunkturelle Abflachung in den meisten EG-Ländern waren die im zweiten Halbjahr 1989 einsetzenden geldpolitischen Stabilitätsbemühungen und die sich als Folge der Aufwertung der europäischen Währungen verschlechternde Wettbewerbsfähigkeit. 1991 werden die Auftriebskräfte – bei durchaus unterschiedlichen Entwicklungen in einzelnen Ländern – nachlassen. Die Zunahme des zusammengefaßten realen BSP der EG-Länder dürfte dabei deutlich unter der Vorausschätzung des Jahreswirtschaftsberichtes 1990/91 von gut 2% bleiben⁴. Angesichts der grundlegenden Verbesserung der Angebotsbedingungen in den 80er Jahren, nicht zuletzt durch Steuerreformen und -senkungen, Deregulierungen und Fortschritte in Richtung auf den Gemeinsamen Markt bestehen aber gute Voraussetzungen, daß das Jahr 1991 sich nur als "Konjunkturdelle" auswirkt⁵.

Entwicklung von Investitionen und Verbrauch

Die Investitionstätigkeit hat sich in der Gemeinschaft deutlich abgeschwächt. Expandierten die realen Bruttoanlageinvestitionen 1989 mit 6,8% noch doppelt so rasch wie das BSP der Gemeinschaft, so läuft die Entwicklung 1990 tendenziell

auf eine Halbierung der Zuwachsrates hinaus⁶. Damit übertrifft der Investitionsanstieg allerdings noch den des BSP. Ins Bild der verringerten Investitionsneigung paßt auch die insgesamt rückläufige Kapazitätsauslastung in der gewerblichen Wirtschaft der EG: Mit 83,3% war sie im Januar 1991 um gut zwei Prozentpunkte niedriger als im entsprechenden Vorjahresmonat. Entgegen dieser Tendenz hat allerdings in Westdeutschland die Kapazitätsnutzung nicht zuletzt aufgrund vereinigungsbedingter Wachstumsimpulse noch auf 89,5% zugenommen⁷.

Tabelle 2: Wirtschaftsindikatoren für West- und Ostdeutschland 1990 und 1991 (Vorausschätzung)

		Bundesrepublik		Westdeutschland		Ostdeutschland	
		1990	1991	1990	1991	1990	1991
Bruttosozialprodukt (in jeweiligen Preisen)	Mrd. DM	2.664,0	2.833,0	2.425,5	2.597,5	238,5	235,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	5,3	6,5	8,0	7,0	-15,9	-1,5
Bruttoinlandsprodukt, real (Veränderung gegenüber Vorjahr)	%	2,8	1,0	4,7	3,0	-13,4	-20,0
Erwerbstätige (Inland)	x 1.000	37.262	35.930	28.412	29.120	8.850	6.810
Arbeitslose	x 1.000	2.123	2.880	1.883	1.680	240	1.200
Arbeitslosenquote ¹	%	5,4	7,5	6,4	5,5	2,6	15,0
Kurzarbeiter	x 1.000	800	1.900	55	100	775	1.800
Finanzsaldo ²	Mrd. DM	-82,5	-113,5	-51,2	-79,0	-31,2	-34,5

1 Arbeitslose in % der Erwerbspersonen.

2 Gebietskörperschaften, ERP, Lastenausgleichsfonds und Sozialversicherung.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V. Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 1991, Essen, 25. April 1991.

Bei unterschiedlicher Entwicklung der Anlageinvestitionen in den einzelnen Ländern waren 1990 absolute Rückgänge bei Dänemark und Großbritannien zu verzeichnen. Bei den Ausrüstungsinvestitionen weist das rezessionsgeplagte Inselreich – nach zweistelligen positiven Zuwächsen 1988 und 1989 – als einziges EG-Land eine negative Wachstumsrate auf. Die Abschwächung der Investitionsneigung dürfte sich 1991 nicht im selben Tempo wie im Vorjahr fortsetzen. Dafür spricht, daß die dämpfenden Einflüsse der hohen Zinsen sich nicht mehr verstärkt haben, die Verunsicherung der Investoren durch den Golf-Krieg fortgefallen ist und eine noch immer deutlich bessere Ertragslage als zu Beginn des Aufschwungs besteht⁸. Die realen Anlageinvestitionen dürften aber wohl mit erheblich weniger als 2% einen so niedrigen Zuwachs aufweisen wie zuletzt 1984.

Der private Konsum expandierte 1990 in der EG mit real gut 3% etwas rascher als das BSP, der öffentliche Verbrauch mit etwa 2% – nach nur 0,6% im Vorjahr – deutlich langsamer. Die starke Zunahme des privaten Verbrauchs insbesondere in Westdeutschland um 4,6% nach 1,5% im Jahre 1989 kompensierte dabei z.T. die deutliche Verlangsamung des Verbrauchsanstiegs in einer Reihe von EG-Ländern (Großbritannien, Italien, Irland, Spanien, Griechenland). Aufgrund der konjunkturellen Dämpfung des Einkommensanstiegs in der EG wird sich der Anstieg des privaten Konsums wohl deutlich verlangsamen und 1991 in einer Größenordnung um 2% liegen⁹. Mit vorausgeschätzten 2,5% wird der Verbrauchsanstieg in Westdeutschland höher sein, während er in Großbritannien, Dänemark und Griechenland nur geringe Zuwachsraten aufweisen dürfte.

Außenwirtschaftliche Ungleichgewichte in der Gemeinschaft verringert

Die realen Ausfuhren der EG-Länder waren 1990 durch eine deutliche Abflachung gekennzeichnet. Mitbestimmend für die tendenziell auf eine Halbierung der Zuwachsrate von 1989 (8%) hinauslaufende Entwicklung war die den innereuropäischen Austausch dämpfende Verlangsamung des Konjunkturanstiegs in vielen EG-Ländern. Dazu kam die Abflachung der Lieferungen in die übrige Welt, teils als Folge der konjunkturellen Abschwächung dort, aber auch wegen der Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit der westeuropäischen Unternehmen insbesondere im Dollarraum¹⁰. Das wirkte importfördernd gegenüber dieser Region. Insgesamt dürfte der Anstieg der realen Importe der EG-Länder etwa zwei Prozentpunkte niedriger sein als 1989, als sich das Volumen um 9% erhöht hatte. Diese globale Betrachtung verbirgt allerdings die Sonderentwicklung in der Bundesrepublik: Wiedervereinigung, Konjunkturgefälle und Wechselkurseinflüsse ließen die reale Ausfuhr 1990 mit 1,5% deutlich weniger und die Einfuhr mit 11,5% weit mehr als in anderen Gemeinschaftsländern steigen¹¹. Der wertmäßige Ausfuhrüberschuß Westdeutschlands gegenüber den EG-Ländern ging um gut 30 Mrd. DM auf 64 Mrd. DM zurück. Dabei weisen alle EG-Länder eine Aktivierungstendenz in der Handelsbilanz gegenüber Westdeutschland auf. Bei einigen Ländern, wie z. B. Belgien und Dänemark, machte die Veränderung fast 1% des BSP aus¹². Eine solche Entwicklung entzieht der Kritik an den deutschen Ausfuhrüberschüssen zunehmend die Grundlage. Die Leistungsbilanz der Gemeinschaft war erstmals seit 1982 wieder defizitär (14 Mrd. US-\$ entsprechend 0,2% des BIP)¹³. Diese Entwicklung resultiert aus dem starken Anstieg der innerdeutschen laufenden Transfers, die zu dem starken Rückgang des Leistungsbilanzüberschusses der Bundesrepublik Deutschland von 4,6% (1989) auf 2,8% (1990) des BSP führten (vgl. Tab. 1)¹⁴. Die Rückführung der deutschen Überschüsse trägt erheblich zur Verringerung der innergemeinschaftlichen Ungleichgewichte bei.

Weiterhin erheblicher Beschäftigungsanstieg – Inflationszunahme

Trotz der Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums verzeichnete die Gemeinschaft auch 1990 eine jahresdurchschnittliche Beschäftigungszunahme in der Größenordnung der beiden Vorjahre, als sie 1,5% bzw. 1,6% betrug. Dadurch konnte die Arbeitslosenquote von 9,2% auf 8,7% gesenkt werden (vgl. Tab. 1). Damit lag sie allerdings nur etwa zwei Prozentpunkte unter dem historischen Höchstwert von 1985 (10,8%). Die Schaffung von Arbeitsplätzen hat zu keinem stärkeren Abbau der Arbeitslosigkeit beigetragen, weil die zivile Erwerbsbevölkerung stark zugenommen hat. Maßgeblich dafür waren nicht zuletzt die Zuwanderungen von Aussiedlern, Bürgern Ostdeutschlands und Ausländern nach Westdeutschland¹⁶. Aufgrund der nachlassenden Produktion wird sich die nach 1985 zu beobachtende Senkung der Arbeitslosenquote nicht fortsetzen.

Mit einem Anstieg der Verbraucherpreise von 5,3% hat sich die Inflation 1990 jahresdurchschnittlich gegenüber dem Vorjahr beschleunigt. Die 1990 zu beobachtende Verschlechterung der (nominalen) Konvergenz – sowohl was das Durchschnittsniveau der Inflationsraten als auch ihre Streuung anbetrifft – ist primär auf die Entwicklungen in Griechenland und Großbritannien zurückzuführen¹⁷. Vor allem unter dem Druck starker Lohnerhöhungen sind die Preise für die private Lebenshaltung mit 20,3% und 9,5% erheblich rascher als im Vorjahr angestiegen. Neben Griechenland weicht auch Portugal mit 13,3% erheblich vom Inflationsmuster der übrigen EG-Länder ab. Die hohe portugiesische Inflationsrate stellt das größte Hindernis für die Integration des Escudo in das EWS dar. Deutlich überdurchschnittliche Inflationsraten weisen auch Italien und Spanien auf (vgl. Tab. 1). In den "preisstabilen" Ländern Belgien, Niederlande und Westdeutschland, wo die Inflationsrate 1988 noch bei 1% lag, hat sich der Preisanstieg beschleunigt. In Frankreich hat sich die Inflationsrate 1990 auf deutlich unterdurchschnittlichem Niveau stabilisiert. Stark rückläufig war die Anstiegsrate in Dänemark, das jetzt zu den "preisstabilsten" Ländern in der EG gehört.

Angesichts des im Jahre 1991 nur verhaltenen Produktionsanstiegs in der Gemeinschaft mit kaum zunehmender Beschäftigung und wohl wachsender Arbeitslosigkeit in den meisten Ländern sind die Voraussetzungen für eine zumindest allmähliche Dämpfung des Preis- und Kostenauftriebs und damit der Senkung der Inflationsrate gegeben. Allerdings wird der jahresdurchschnittliche Anstieg noch in erster Linie durch den deutlichen Rückgang der Inflationsrate in Großbritannien wieder unter die 5%-Marke sinken. Eine Rückführung des Anstiegs der Inflationsraten und Konvergenzfortschritte sind wichtige Voraussetzungen für die Fortentwicklung der Gemeinschaft zur WWU.

Schwierige Geld-, Finanz- und Einkommenspolitik

Der restriktive geldpolitische Kurs wurde in den Gemeinschaftsländern auch 1990 beibehalten, um dem Aufkommen nachhaltiger Inflationserwartungen entgegenzuwirken. Der kurzfristige Zins, der im 4. Quartal 1989 bei 12,1% lag, ging im Laufe des Jahres etwas zurück, um allerdings im 4. Quartal 1990 wieder das alte

Niveau zu erreichen¹⁸. Deutlich hatte der Ölpreisschub in der zweiten Jahreshälfte die stabilitätspolitische Aufgabe der Notenbanken erschwert. Großbritannien versuchte durch den Beitritt zum Wechselkursmechanismus des EWS seine Stabilitätsorientierung überzeugender zu machen, ebenso wie Italien durch den Verzicht auf die bisher 6%ige Schwankungsbreite der Lira¹⁹.

Auch wenn die Orientierung an der Ankerwährung D-Mark nach wie vor groß ist, haben die Partnerländer im EWS gewisse Zinsspielräume genutzt. Der als notwendig erachtete Zinsvorsprung in diesen Ländern ist im Zusammenhang mit der Stabilisierung der Wechselkurserwartungen deutlich geschrumpft: Nach der Diskont- und Lombardsatzerhöhung der Bundesbank vom 1. Februar 1991 haben Großbritannien und Spanien ihre Geldmarktzinsen leicht gesenkt, während die Niederlande – wie auch zuvor – dem deutschen Schritt folgten²⁰. Der langfristige Zins in der Gemeinschaft, der Anfang 1990 noch gestiegen war, hat im September seinen Höhepunkt überschritten²¹. Der langfristige Realzins war 1990 mit jahresdurchschnittlich 5,3% sehr hoch (vgl. Tab. 1). Insgesamt gesehen wird der Spielraum für monetäre Lockerungen in den meisten EG-Ländern – trotz konjunktureller Abschwächung – 1991 wohl gering bleiben²².

Die Finanzpolitik in der Gemeinschaft blieb prinzipiell weiter um Konsolidierung bemüht. Dennoch geriet der Prozeß ins Stocken und das zusammengefaßte Staatsdefizit der Gemeinschaftsländer erhöhte sich 1990 in Relation zum BSP gegenüber dem Vorjahr um gut einen Prozentpunkt auf 3,9% (vgl. Tab. 1). Diese Entwicklung resultiert im starken Maß aus der vereinigungsbedingten Verschlechterung der Haushaltssituation der bisherigen Bundesrepublik. Die mit der Vereinigung verbundenen Belastungen trafen dabei die bisherige Bundesrepublik in einer Ausgangslage, die – dank der bisherigen Konsolidierungsbemühungen der Finanzpolitik und des anhaltenden Wachstums – relativ günstige Voraussetzungen bietet, die Anforderungen an die öffentliche Hand zu bewältigen²³. Auch der deutliche Rückgang des Überschusses in dem von der Rezession betroffenen Großbritannien trug zum Anstieg des gemeinschaftlichen Defizits bei, ebenso wie die Erhöhung der Haushaltsdefizite in Spanien, den Niederlanden, Dänemark und Portugal (vgl. Tab. 1).

In Griechenland und Italien sind die Budgetdefizite mit 18% bzw. 10% immer noch viel zu hoch und fallen von der Größenordnung her aus dem gemeinschaftlichen Rahmen. Die kumulierten Defizite der beiden Staaten haben zu einem raschen Anstieg der Staatsschuld in Relation zum BIP geführt: In Griechenland von rund 30% 1980 auf über 85% 1990 und in Italien von knapp 60% auf gut 100% im selben Zeitraum²⁴. Mehrjährige Anpassungsprogramme zur Senkung der Staatsschuld müssen hier endlich in Angriff genommen werden, um die Kosten des Schuldendienstes und die Anfälligkeit gegen Zinssteigerungen zu verringern²⁵. Angesichts der Höhe der Staatsschuld kämpfen auch Belgien (Schuldenquote 1990: 128%), Portugal (68%), Irland (99%) und die Niederlande (79%) mit Budgetproblemen. Irland konnte seine Schuldenquote durch Senkung des Haushaltsdefizits in den letzten Jahren deutlich verringern. In den Niederlanden ist – anders anscheinend in Belgien – die Stabilisierung der Schuldenquote noch nicht

gelungen und in Portugal der Prozeß noch nicht gefestigt. Die Verringerung der Defizite in einer Reihe von EG-Ländern würde nicht zuletzt die Last der Geldpolitik dort erleichtern und ihrer Überforderung entgegenwirken. Für 1991 zeichnet sich noch eine Zunahme des gemeinschaftlichen Finanzierungsdefizits ab. Maßgeblich dafür ist der in Deutschland anfallende, noch erheblich angestiegene Mittelbedarf zur Finanzierung der Einheit, der das Defizit hier weiter nach oben drückt (vgl. Tab. 2). Diese Entwicklung trägt entscheidend dazu bei, daß die Ausgabenquote der Gemeinschaft wieder ansteigt.

Der Reallohnanstieg ging in der Gemeinschaft 1990 über den Zuwachs der Produktivität hinaus, so daß die realen Lohnstückkosten erstmals seit 1981 wieder leicht in der EG angestiegen sind (0,4%). Die Verbesserung der volkswirtschaftlichen Angebotsbedingungen wurde von dieser Seite also nicht gestützt. Allerdings resultierte der Lohnstückkostenanstieg allein aus der Entwicklung in vier Ländern (Belgien, Frankreich, Luxemburg, Großbritannien). Besorgniserregend war vor allem der Lohnkostenanstieg in Großbritannien. Hier wird es darauf ankommen, das bisher kaum verlangsamte Tempo der Lohnsatzsteigerung deutlich zu bremsen und den Produktivitätsfortschritt voranzutreiben, um die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und damit die Bedingungen für einen neuen Aufschwung zu schaffen.

Gefahrvoll ist der im vereinigten Deutschland beschrittene Weg für die lohnpolitische Gestaltung in Ostdeutschland²⁶: Nach heutigem Stand werden die Tariflöhne 1991 um mehr als 60% über denen des Vorjahres liegen. Ungewiß ist dabei, ob überhaupt und um wieviel die Produktivität in den Betrieben steigt. Bis 1994 soll das westdeutsche Lohnniveau erreicht werden. Nach Ansicht der fünf großen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute in der Bundesrepublik ist es eine Illusion, zu glauben, daß westdeutsches Kapital durch Installation einer modernen Kapitalausstattung ein solches Lohnniveau erträglich machen könne und würde²⁷.

Mittelfristige Perspektiven

Mit dem Übergang zur ersten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Juli 1990 wurde ein markantes Zeichen für die Verstärkung der wirtschafts- und währungspolitischen Zusammenarbeit in der Gemeinschaft gesetzt. In dieser Phase – sie soll nach den bisherigen Vorstellungen bis zum 1. Januar 1994 gehen – kommt es darauf an, die noch in nationaler Verantwortung bleibende Wirtschafts- und Währungspolitik in der gesamten Gemeinschaft stärker auf die für den Übergang zu höheren Integrationsstufen notwendige (dauerhafte) Geldwertstabilität und Haushaltsdisziplin auszurichten²⁸. Auch die Tarifparteien sind stabilitätspolitisch gefordert. In ihrer Studie "Ein Markt, eine Währung" kommt die Kommission zum Ergebnis, daß heute etwa die Hälfte der Gemeinschaftsländer (Belgien, Dänemark, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Irland, Luxemburg, Niederlande) ohne größere Schwierigkeiten zur WWU übergehen könnten, da sie auf dem Weg zur Konvergenz in Bezug auf Inflation und Kosten senkung bereits weit vorangeschritten sind²⁹. Die Weichenstellung für die weitere,

Vertragsänderungen erfordernde Entwicklung zur WWU wird sich im Rahmen der am 15. Dezember in Rom eröffneten Regierungskonferenz vollziehen.

In die EG ist heute ein Deutschland einbezogen, das zwei "wirtschaftliche Welten" in sich vereint³⁰. Die Voraussetzungen für den Übergang Ostdeutschlands von einer sozialistischen Kommandowirtschaft zu einem marktwirtschaftlichen System scheinen angesichts der erheblichen westdeutschen Mitteltransfers in die neuen Bundesländer durchaus gut. Diese profitieren auch von den EG-Strukturfonds, die für den Zeitraum 1991–93 gut 6 Mrd. DM zur Verfügung stellen³¹. Sorge bereitet allerdings, daß die Wirtschaftspolitik im ökonomisch bedeutendsten EG-Land vom Konzept der Anschubfinanzierung für private Investitionen dort zu einer stärker auf Strukturhaltung gerichteten Politik übergehen könnte³².

Bedenklich stimmt auch, daß Anfang Dezember 1990 die GATT-Konferenz scheiterte, mit der – nach dem ursprünglichen Fahrplan – die Uruguay-Runde beschlossen werden sollte. Entscheidend zu diesem Ergebnis hat nicht zuletzt die EG durch ihr unzureichendes Angebot für den Abbau landwirtschaftlicher Subventionen beigetragen. Zu hoffen ist, daß es hier im Zuge der fortgeführten 8. Welthandelsrunde zu einer Lösung kommt und der Liberalisierungsprozeß Fortschritte macht. Eine Erosion der multilateralen Handelsordnung kann sich gerade die EG mit ihrer stark außenverflochtenen Wirtschaft kaum leisten.

Anmerkungen

- 1 Vgl. dazu HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg (Hrsg.): Weltkonjunkturdiens, Nr. 1 (1991).
- 2 Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Jahreswirtschaftsbericht 1989–90, in: Europäische Wirtschaft, Nr. 42, Nov. 1989, S. 10.
- 3 Vgl. Schmahl, H.-J.: Die wirtschaftlichen Perspektiven Deutschlands 1991, in: Konjunktur von morgen (Hrsg.: HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg), Nr. 828 (1991), S. 1.
- 4 Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Jahreswirtschaftsbericht 1990–91, in: Europäische Wirtschaft, Nr. 46, Dez. 1990, S. 11.
- 5 Vgl. Großer, Günter/Weinert, Günter: Weltwirtschaft im Konjunkturabschwung, in: Wirtschaftsdienst (Hrsg.: HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg), Nr. 1 (1991), S. 18.
- 6 Vgl. Großer, Günter/Weinert, Günter: Die wirtschaftliche Lage Westeuropas, in: Weltkonjunkturdiens (Hrsg.: HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg), Nr. 1 (1991), S. 37.
- 7 Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Europäische Wirtschaft, Beiheft B, Nr. 2 (1991), S. 3.
- 8 Vgl. Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V.: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft, Essen 25.4.1991, S. 9; Großer/Weinert: Die wirtschaftliche Lage ..., a. a. O., S. 38.
- 9 Vgl. ebd., S. 39.
- 10 Vgl. ebd., S. 39.
- 11 Vgl. Deutsche Bundesbank: Die Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1990, in: Monatsberichte, Nr. 3 (1991), S. 28 f.
- 12 Vgl. Großer/Weinert: Die wirtschaftliche Lage ..., a. a. O., S. 41.
- 13 Im Zeitraum 1983–1989 lagen die Leistungsbilanzüberschüsse in einer Bandbreite von 0,1–1,4% des BIP.
- 14 Ab Juli 1990 einschließlich Transaktionen des ehemaligen Gebietes der DDR mit dem Ausland.
- 15 Vgl. Deutsche Bundesbank: Die Zahlungs-

- bilanz ... a. a. O., S. 27.
- 16 Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Europäische Wirtschaft, Beiheft A, Nr. 11/12 (1990); Sperling, J.: Beschäftigung in Ostdeutschland sinkt weiter, in: Konjunktur von morgen (Hrsg.: HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg), Nr. 930 (1991), S. 1.
 - 17 Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Europäische Wirtschaft, Beiheft A, Nr. 1 (1991), S. 2.
 - 18 Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Europäische Wirtschaft, Beiheft A 2–3 (1991), S. 7.
 - 19 Der Beitritt Großbritanniens zum Wechselkursystem – mit noch erweiterter Bandbreite – erfolgte am 8. 10. 1990; Italien gab seine erweiterte Bandbreite am 8. 1. 1990 auf.
 - 20 Vgl. Deutsche Bundesbank: Geschäftsbericht für das Jahr 1990, S. 6.
 - 21 Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Europäische Wirtschaft, Beiheft A 2–3 (1991), S. 7.
 - 22 Vgl. Großer/Weinert: Die wirtschaftliche Lage ..., a. a. O., S. 43.
 - 23 Vgl. Deutsche Bundesbank: Geschäftsbericht ..., a. a. O., S. 26 f.
 - 24 Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Jahreswirtschaftsbericht ..., a. a. O., S. 25.
 - 25 Vgl. ebd.
 - 26 Vgl. Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute, a. a. O., S. 49.
 - 27 Vgl. ebd.
 - 28 Vgl. Rahmsdorf, Detlef W.: Währungspolitik, in diesem Band.
 - 29 Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Ein Markt, eine Währung, Potentielle Nutzen und Kosten der Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion – eine Bewertung, in: Europäische Wirtschaft, Nr. 4, Okt. 1990, S. 13.
 - 30 Vgl. Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute, a. a. O., S. 46 f.
 - 31 Vgl. im einzelnen: Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Sechs Milliarden DM für die neuen Länder, in: EG-Informationen Nr. 4 (1991), S. 4 f.
 - 32 Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Marktwirtschaftlichen Kurs halten. Zur Wirtschaftspolitik für die neuen Bundesländer, Sondergutachten v. 13. 4. 1991, S. 11.

Weiterführende Literatur

- Bofinger, Peter (Hrsg.): Der Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion in Europa, Analysen und Dokumente. Wiesbaden 1990.
- HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg (Hrsg.): Weltkonjunkturdienst, Nr. 1 (1991).
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Ein Markt, eine Währung. Potentielle Nutzen und Kosten der Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion – eine Bewertung, in: Europäische Wirtschaft, 42 (1990); Jahreswirtschaftsbericht 1990–1991, in: Europäische Wirtschaft 46 (1990); Analytische Studien: (1) Wachstumsperspektiven und Wachstumspotentiale in der Gemeinschaft zu Beginn der 90er Jahre; (2) Analyse der möglichen wirtschaftlichen Folgen der Golfkrise für die EG; (3) Wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt in der Gemeinschaft; (4) Wirtschaftliche Konvergenz in der Gemeinschaft; (5) Haushaltspolitiken in Phase I der WWU; (6) geldpolitische Koordinierung in Phase I der WWU; (7) Integration der ostdeutschen Wirtschaft in der Gemeinschaft; (8) Ersparnis, Investitionen und Realzinsen, in: Europäische Wirtschaft 46 (1990).
- Kotios, Angelos/Schäfers, Manfred: Soziale Dimension und Kohäsion: Ergänzung oder Widerspruch?, in: Wirtschaftsdienst Nr. 4 (1990).
- OECD: Economic Outlook, Nr. 48, Paris Dezember 1990.
- Price, Victoria C.: Wurzel des Übels – Europa: Wird die Wirtschaftspolitik zentralisiert, droht Protektionismus, in: Wirtschaftswoche Nr. 45 (1990), S. 127 ff.